Italien

ROMAN MARUHN

In den vergangenen Jahren bemühte sich Italien, bei allen europäischen Integrationsprojekten der Serie A,[1] dem engen Kreis der Gründerstaaten anzugehören. Die Sorge vor europäischer Zweitklassigkeit aufgrund einer Innenpolitik, die mitteleuropäischen Stabilitätsvorstellungen nicht entspricht, beherrscht Öffentlichkeit, Medien und Politik weiterhin. Gleich einem Selbstzweck und aufgrund der Kerneuropaidee ist es deshalb das Ziel der italienischen Europapolitik, an allen Politikbereichen beteiligt zu werden und der europäischen Avantgarde anzugehören. Personell gelang dies dem Wirtschaftsprofessor und ehemaligen Ministerpräsidenten Romano Prodi, als er im September 1999 zum Präsidenten der Europäischen Kommission ernannt wurde.

Regierungskonferenz 2000

Die jüngste Entwicklung des Integrationsprozesses wird aus italienischer Perspektive positiv bewertet. Besonders der Gipfel in Tampere zum gemeinsamen Raum der Freiheit, Sicherheit und des Rechts wird als Zeichen für eine Politik im Dienste des Bürgers gesehen. Neben der Abarbeitung der „left-overs" von Amsterdam haben sich mittlerweile in der italienischen Europapolitik recht konkrete Positionen zur Reform der Union herauskristallisiert:[2] Italien ist bei einer Neugewichtung der Stimmen im Rat dazu bereit, auf den zweiten Kommissarsposten zu verzichten, um die Kommission auch nach der Erweiterung arbeitsfähig zu halten. Prinzipiell sei selbst eine Kommission, die kleiner wäre als die Zahl der Mitgliedstaaten, denkbar. Favorisiert wird jedoch die Lösung, nach der jedes Mitgliedsland einen Kommissar stellt. Bei Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit wird die Beibehaltung des gegenwärtigen Quorums (70% der Stimmen, 60% der Bevölkerungszahl) gefordert. Zur Umsetzung dieses Prinzips befürwortet Italien aus Gründen der Transparenz für den Bürger die Neugewichtung der Stimmen. Um Beschlussfähigkeit auch nach der Erweiterung zu garantieren, ist aus der Sicht Roms das Hauptziel der Regierungskonferenz, Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit auszuweiten und zum Regelfall zu machen. Dagegen sollen Grundsatzentscheidungen, die Wesen und Natur der Union verändern, weiterhin einstimmig getroffen werden.

Die verstärkte Zusammenarbeit hält Italien auch für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik für notwendig. Im Rahmen eines Verfassungsprozesses hat die Abfassung der Grundrechtscharta große Bedeutung, um einerseits die Union den Bürgern anzunähern und um andererseits eine europäische Bürgerschaft mit Inhalt

zu füllen. Den Verträgen als Protokoll beigeordnet könnte die Charta einen zukünftigen europäischen Verfassungskern bilden. Die Verträge sollen nach funktionalen Gesichtspunkten in einen Verfassungs- und einen Gesetzes- bzw. Ausführungsteil getrennt werden.

Abnahme der Europabegeisterung

Hatten sich die Italiener in einer Umfrage[3] im Mai 1999 noch als Europaenthusiasten gezeigt – 74% der Bürger hielten die Europawahlen für wichtig (höchster Wert in der EU) und 71% (ebenfalls höchster EU-Wert) sprachen sich für eine gemeinsame europäische Regierung aus – scheint die überdurchschnittliche Europabegeisterung der italienischen Bevölkerung ihren Scheitelpunkt erreicht zu haben: Ein Vorbote für diese Entwicklung war der bereits 1997 artikulierte Widerstand des Koalitionspartners Rifondazione Comunista, nicht jede finanzielle Mehrbelastung der Bürger und vor allem der Arbeitnehmer für die volle Teilnahme an der europäischen Integration zu akzeptieren. So ist der Anteil der Befürworter der Wirtschafts- und Währungsunion von 52,6% (Januar 1998) auf 38,5% im März 2000[4] gefallen.

Malpensa 2000

Die Europäische Union war in den italienischen Medien am präsentesten im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um den Großflughafen Malpensa 2000.[5] Norditalien, eine der reichsten und wirtschaftlich aktivsten Regionen Europas, stand bisher kein Großflughafen zu Verfügung. Wer in andere Kontinente reisen wollte, musste vom Mailänder Stadtflughafen Linate entweder mit Alitalia über Rom oder über die 'Hubs' der anderen europäische Fluglinien in die Ferne fliegen. Als Alternative wurde bereits vor Jahrzehnten der Ausbau des knapp 50 Kilometer von Mailand entfernt liegenden Airports Malpensa beschlossen.[6] Im Rahmen der Transeuropäischen Verkehrsnetze stufte die EU das Projekt als eines der vierzehn wichtigsten Infrastrukturvorhaben ein. Die EG unterstützte Malpensa 2000 mit 7,8 Mio. ECU für die Ausarbeitung von Studien, mit einem Darlehen von 208 Mio. ECU durch die Europäische Investitionsbank und schließlich einer Bürgschaft in Höhe von 77,6 Mio. ECU durch den Europäischen Investitionsfonds. Schlüsselproblem bei der geplanten Verlagerung der Flüge von Linate nach Malpensa war die Verkehrsanbindung des neuen Flughafens an die Mailänder City. Das italienische Transportministerium erließ die Bestimmung, die Flüge aller Gesellschaften bis auf die der nationalen Alitalia nach Malpensa zu verlegen, ohne dass der Flughafen über Schiene oder Autobahn erreichbar gewesen wäre. Dagegen protestierten die ausländischen Fluggesellschaften, da sie Wettbewerbsnachteile[7] befürchteten: Alitalia dagegen hätte vom verkehrsgünstigen Linate aus seinen Hub Fiumicino bei Rom mit größerer Attraktivität für die Passagiere bedienen können. Die EU wies diese Regelung Roms zurück[8] und machte die Verkehrsanbindung des neuen Flughafens zur Voraussetzung für eine Verlegung der Flüge.

Nachdem Autobahn und Zugstrecke eröffnet wurden und Malpensa den Vollbetrieb aufgenommen hatte, gab und gibt es eine Reihe von Anlaufproblemen, die

im Nachhinein die Vorgehensweise der Europäischen Kommission auch aus praktischen Motiven rechtfertigen. Das Thema wurde in der italienischen Öffentlichkeit instrumentalisiert, im Europäischen Parlament vermuteten italienische Abgeordnete[9] eine Benachteiligung Italiens und der Staatsairline. In den Medien und den Interessengruppen wurde ein Komplott oder gar eine Verschwörung gegen Italien ausgemacht und den europäischen Behörden Parteilichkeit vorgeworfen.[10] Eklatant war eine Anzeige von Alitalia in Tageszeitungen mit dem Titel „Um Malpensa nicht zu öffnen, spielt jemand mit falschen Karten".[11] Malpensa ist trotz aller Auseinandersetzungen und des schon vertrauten Verhaltensmusters, auf nationaler Ebene zu verantwortende Defizite den europäischen Institutionen anzulasten, das erste im Rahmen der Transeuropäischen Netze verwirklichte Projekt und ein für Norditalien bedeutender Fortschritt in der Verkehrsinfrastruktur. Einen bitteren Beigeschmack für Alitalia hat das Scheitern der zum 1. November 1999 gebilligten Allianz mit der niederländischen KLM, die in eine Fusion münden sollte. Der defizitäre italienische Carrier war seit langer Zeit auf der Suche nach einem Partner und die niederländische Fluglinie benötigt neben der zu kleinen Basis Amsterdam-Schiphol einen weiteren Stützpunkt.[12] Die unterschiedlichen regionalen Ausrichtungen der beiden Gesellschaften nach Nord- beziehungsweise Südeuropa hätten große Synergieeffekte erzeugen können. KLM beendete die Zusammenarbeit mit der Begründung, die Eröffnung von Malpensa hätte nicht rechtzeitig stattgefunden und der italienische Partner erreiche keine Fortschritte bei der Privatisierung. In den Medien verursachte die misslungene Kooperation scharfe Kritik an den italienischen Managementfähigkeiten (sistema-paese) und an der Entscheidungsunfähigkeit des politischen Systems (sistema politico).[13]

Wechsel von D'Alema zu Amato – Veränderungen des Kräfteverhältnis in der Parteienlandschaft

Ministerpräsident Massimo D'Alema konnte Anfang Februar noch einen Erfolg feiern, als die „legge sulla par condicio" (Gesetz über gleiche Bedingungen) Abgeordnetenhaus und Senat passierte. Nach dem Gesetz ist kommerzielle Parteienwerbung während des Wahlkampfs verboten. Bereits seit Jahren stand die Regelung zur Debatte, da Oppositionsführer Silvio Berlusconi (Forza Italia) mit den mit ihm verbundenen Sendern des Unternehmens Media Set ein umfangreiches Sprachrohr zur Verfügung stand. Am 16. April fanden in 15 von 20 Regionen Wahlen statt. Der Testcharakter – ein Jahr vor den Parlamentswahlen – wurde von Silvio Berlusconi für den Fall eines Wahlerfolgs mit der Forderung nach vorgezogenen Neuwahlen verstärkt. Wie bereits in den Europawahlen 1999 konnte die konservative Opposition starke Stimmengewinne verzeichnen. Landesweit erreichte sie 50%, acht der 15 zur Wahl stehenden Regionalregierungen fielen dem um Berlusconis Forza Italia gebildeten Polo delle Libertá zu. Einen Tag später reichte D'Alema seinen Rücktritt bei Staatspräsident Ciampi ein. Dem Übergangskandidaten Giuliano Amato sicherte die Mitte-Links-Koalition die parlamentarische Unterstützung zu und das Kabinett änderte sich in seiner Zusammensetzung nur in Nuancen.

Nach der Mittel-Links-Regierung D'Alemas – er war der erste Ministerpräsident der Nachfolgepartei des Partito Comunista Italiano (PCI), der Democratici di Sinistra (DS) – ist das Kabinett unter Giuliano Amato wiederum als Technikerregierung zu betrachten. Auch Romano Prodi war nicht eindeutig mit der stärksten Koalitionspartei DS in Verbindung zu bringen, Amato ist es noch weniger. Zumal der aktuelle Ministerpräsident bereits einmal eher als Krisenmanager denn als Politiker an der Spitze der italienischen Exekutive stand: 1992 hatte er nach über vierzig Jahren christdemokratischer Pfründewirtschaft die Sanierung der Staatsfinanzen übernommen. Am 21. Mai 2000 scheiterte schließlich auch der Versuch, über ein Referendum das reine Mehrheitswahlrecht einzuführen. Berlusconi rief aus strategischem Kalkül zur Enthaltung auf und das Quorum von 50% wurde nicht erreicht. Lediglich 32% der Wahlberechtigen fanden den Weg in die Abstimmungsräume.

Bis zu den Wahlen 2001 sind weitreichende Reformen oder gar politische Richtungsentscheidungen nicht zu erwarten, da der Ministerpräsident über keine eigene Mehrheit im Parlament verfügt. Für Italien gilt, dass das Parteiensystem immer noch in Bewegung ist und Berufspolitiker aufgrund des Wahlrechts nur unsichere Regierungsmehrheiten bilden können, um Legislaturperioden tatsächlich in ihrer vollen Länge ausschöpfen zu können. Wie schon im Fall der 'bicamerale', der Ausschuss aus Abgeordnetenkammer und Senat, der vor zwei Jahren einen Entwurf zur Verfassungsänderung ausgearbeitet hatte, der zu mehr Stabilität italienischer Regierungen hätte führen können und der von der Opposition verworfen wurde, so gelang es auch dieses Jahr nicht, über den im Vergleich einfachen Weg der reinen Wahlrechtsänderung dem politischem Personal in Rom die Rahmenbedingungen zur Ausarbeitung und Umsetzung von Reformen zu ermöglichen.

Tendenz zu deutlich wachsender Wirtschaftsleistung

Beim Wirtschaftswachstum bildete Italien im europäischen Vergleich regelmäßig das Schlusslicht. Nach sehr bescheidenen Wachstumsraten in den neunziger Jahren, lagen die ursprünglichen Prognosen für 2000 bei 2,5%. Jüngst zeichnet sich ein Wachstum von 2,7% ab.[14] 1999 nahm die italienische Wirtschaft um bescheidene 1,4% zu – gegenüber 2,3% im EU-Durchschnitt.[15] Die Arbeitslosigkeit hat sich im vergangenen Jahr von 11,8% auf 11,4% verringert, wobei hier – länger als in Deutschland – eine regionale Zweiteilung besteht: Das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung ist in den Regionen Nord- und Mittelitaliens deutlich höher als im Süden. Mit einem Haushaltsdefizit von 1,9% des BIP verbesserten sich auch die Aussichten auf den Abbau der immensen Staatsschuld (114,9% des BIP).

Fortschritte bei der Privatisierung

Mit der Schließung und Auflösung des IRI (Istituto per la Ricostruzione Industriale) am 1. Juli 2000 verabschiedete sich der italienische Staat symbolisch von seiner Rolle als Unternehmer. Anfang der dreißiger Jahren gegründet, um die Folgen der Weltwirtschaftskrise besonders für den Banken- und Versicherungssektor abzufedern, industrialisierte der gigantische staatliche Mischkonzern in der Folgezeit

Italien. Zu Beginn der achtziger Jahre hatte die Schuldenlast des IRI die Argentiniens übertroffen. Im Vorfeld der Privatisierungen, zumeist über Börsengänge mit Volksaktien, wurden die Betriebe saniert. Zuletzt gehörten unter anderem die Fluggesellschaft Alitalia, die Werftengruppe Fincantieri, das Luftfahrts-, Verteidigungs- und Maschinenbauunternehmen Finmeccanica, der Rundfunkbetreiber RAI und die Schifffahrtsgruppe Tirrenia dem Konzern. Der Restbesitz im Wert von 50.000 Mrd. Lire (knapp 26 Mrd. Euro) fällt an das Ministero del Tesoro (Schatzministerium). In den letzten sieben Jahren konnten von IRI Privatisierungserlöse in Höhe von 86.000 Mrd. Lire (knapp 44,5 Mrd. Euro) erzielt werden.

Ende 1999 wurde begonnen, ENEL, den zweitgrößten Stromversorger Europas, zu privatisieren. Der Börsengang von 34,5% des Energiemonopolisten über Kleinaktien erreichte ein Volumen von ungefähr 18 Mrd. Euro und war damit bislang der größte weltweit.[16] Im Dezember 1999 wurden schließlich auch die italienischen Autobahnen an den Börsen zum Kauf angeboten: Der Rückzug des Staats, der über IRI noch 86,6% an Autostrade S.p.a. hielt, aus Bau, Instandhaltung und Bewirtschaftung des Hauptautobahnennetzes, zielte auf einen Erlös von 6,7 Mrd. Euro ab.

Für die Zukunft ist zu erwarten, dass sich Italien zu einem höchst dynamischen Wirtschaftsplatz weiterentwickelt: Die im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern späte Welle von Firmenzusammenschlüssen lässt langsam auch in dem Land, das wirtschaftlich von klein- und mittelständischen Familienunternehmen geprägt ist, eine Reihe von 'global players' in den verschiedenen Branchen entstehen. Auch die privatisierten Ex-Staatsunternehmen entwickelten im Allgemeinen eine große Dynamik auf dem Heimatmarkt, aber auch im Ausland. Nach einer durch die Privatisierungen deutlichen Verbesserung der Staatsfinanzen dürften schließlich deutliche Senkungen der Abgaben und Steuern zu erwarten sein, die in der Folge sowohl die Inlandsnachfrage als auch die Investitionen aus dem Ausland steigern können.

Streitkräftereform

Italien hat 1999 die Weichen für die zukünftige Struktur seiner Streitkräfte gestellt, um der Gemeinsamen Europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik gerecht zu werden. Rom folgte in den Hauptlinien seines Konzeptes fünf essentiellen Aufgaben,[17] die die Forze Armate erfüllen sollen können: Verteidigung des Territoriums und der Transportwege; Teilnahme an Maßnahmen der kollektiven Verteidigung im Rahmen der NATO; Teilnahme an multinationalen Operationen zur kollektiven Herstellung von Frieden und Sicherheit; Schutz der freien Institutionen; Katastrophenschutz. Diese Aufgaben erfordern eine höhere Leistungsfähigkeit bei gleichzeitiger Reduzierung des Personals. Schnelleinsatzkräfte und das Heer werden dabei in den nächsten Jahren bei der Materialbeschaffung bevorzugt, während die See- und Luftstreitkräfte mit ihrer Ausrüstung auf dem bisherigen Niveau verbleiben. Neben der Einrichtung eines Gemeinsamen Operationsstabes der Teilstreitkräfte[18] ist die größte Neuerung die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht. Bis 2005 soll eine reine Berufsarmee mit gleichzeitiger Öffnung der Streitkräfte für Frauen eingeführt werden. Dabei verzichtet Rom im Gegensatz zur deutschen

Bundeswehrreform auf einen Sockel von Wehrpflichtigen. Wie der Umbau zu reaktionsschnellen Einheiten aber geleistet werden soll, ist bei einem gegenwärtigen Anteil des Verteidigungshaushaltes von ungefähr 1% am BIP – einem der niedrigsten unter den NATO-Staaten – fraglich.

Problemregion Adria: Migration und organisiertes Verbrechen

Hatte Italien als erstes Land der NATO-Allianz kurz nach Beginn der Luftangriffe auf die Bundesrepublik Jugoslawien mit der Operazione Arcobaleno die Hilfsaktionen für die Kosovo-Flüchtlinge begonnen, so geriet nach dem Ende der Militäraktion die Migrationsproblematik des Adria-Raums in der europäischen Öffentlichkeit wieder in Vergessenheit. Italien ist für illegale Einwanderer aus Nordafrika und dem Balkan ein Durchgangsland – auch aufgrund des Wegfalls der Grenzkontrollen nach dem Beitritt zum Schengener Abkommen – zu den Staaten Nordeuropas.[19] Die Ankunft von Flüchtlingen an den Küsten Italiens und damit zusammenhängende Schiffsunglücke[20] sind mittlerweile zu einem gewohnten Bild geworden. Die Frage der Zuwanderung sollte in Italien aber auch von einer anderen Seite behandelt werden: Die Bruttogeburtenziffer ist mit 9,1 pro 1.000 Einwohner der niedrigste Wert in der gesamten EU. In Italien ist mit einem Rückgang der Bevölkerung von heute 57,3 auf 41,2 Mio. Menschen im Jahr 2050 zu rechnen.[21] Insofern wäre die Bevölkerungszahl in Italien ohne den EU-Zuwanderungsüberschuss von 717.000 (1999) Menschen bereits heute rückläufig.[22] Schon allein aus Gründen der Sicherung der existierenden Sozialsysteme haben internationale Wanderungsbewegungen auch für Italien eine große Bedeutung.

In der direkten Hilfe für die Nachbarstaaten auf dem Balkan ist Italien – besonders in Albanien – stark engagiert. Das größte Hindernis für eine Stabilisierung dieser Region ist das organisierte Verbrechen, für das sich die Adria zu einem seiner Hauptzugangswege nach Westeuropa entwickelt hat. In den letzten sechs Monaten des Jahres 1999 wurden zum Beispiel von den Sicherheitsorganen 270 Boote mit insgesamt 9.400 Menschen vor der albanischen Küste auf ihrem Weg nach Italien abgefangen.[23] Schmuggel von Waren und Menschen aus den Balkanländern steht in direktem Zusammenhang mit dem Ausmaß organisierter Kriminalität in Italien. Rom hatte mit Tirana bereits 1998 neben Hilfen zur Verbesserung der Infrastruktur und zum Wiederaufbau der albanischen Streitkräfte eine weitgehende Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung vereinbart: Insgesamt 500 Beamte der Polizei, der Carabinieri und der Guardia di Finanza sind in Albanien eingesetzt, um die illegale Einwanderung nach Italien über die Adria zu verhindern. Die Missione Italiana Interforze leitet dabei sowohl die Ausbildung albanischer Sicherheitskräfte wie auch operative Einsätze.

Beachtenswert ist Italiens militärisches Engagement auf dem Balkan: Nach dem in Albanien 1997 erfolgreich verlaufenen humanitären Einsatz beteiligt sich Italien mit Griechenland, der Türkei, Albanien, Bulgarien, Mazedonien und Rumänien an der Multinational Peace Force South Eastern Europe (MPFSEE), die als stehende Friedenstruppe für den Balkan konzipiert wurde.

Neben dem Stabilitätspakt für Südosteuropa versucht Italien auch in anderen Foren, eine engere multilaterale Zusammenarbeit mit seinen Nachbarländern zu erreichen: Am 19./20. Mai 2000 fand in Ancona die Konferenz für Entwicklung und Sicherheit im Adriaraum[24] statt. Regierungsvertreter aus Italien, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Griechenland und Slowenien besprachen unter Einschluss der Europäischen Kommission Themen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, des Umweltschutzes, der Bildung und Kultur und der Kriminalitätsbekämpfung. In der Erklärung von Ancona wurde dann – neben allgemeinen Absichtserklärungen einer verstärkten Zusammenarbeit – die Gründung einer Adriainitiative und des Adriarates[25] festgelegt.

Internationale Initiativen

Verstärkt versucht Italien, auf diplomatischem Weg weltweite Menschenrechtsstandards festzusetzen. Der Einfluss der ehemaligen Kommissarin Emma Bonino und der sie unterstützenden Radikalen Partei war besonders in den letzten Jahren auch über das Mittel nationaler Referenden recht stark. So führt Rom die Reihe der Gegner der Todesstrafe an und appelliert regelmäßig vor Vollstreckungen an die verantwortlichen Regierungen. Auf Anregung Italiens hat die EU auf der 55. Tagung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen 1999 einen gemeinsamen Entwurf einer Resolution zur Todesstrafe eingebracht. Ziel der Resolution ist zumindest ein Moratorium der Vollstreckung von verhängten Urteilen.[26] Als erster EU-Staat ratifizierte Italien am 30. Juni 1999 das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, der künftig für Fälle von Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zuständig sein soll und 1998 mit dem Statut von Rom beschlossen wurde.

Außenminister Lamberto Dini besuchte im August 1999 als Vorreiter in der Wiederaufnahme der Beziehungen zu Libyen Präsident Ghaddafi. Dabei bezeichneten diese Libyen als die Brücke Italiens nach Afrika und Italien als das Tor Libyens nach Europa.[27] Im Dezember folgte dann die Visite des Ministerpräsidenten Massimo D'Alema; er war damit der erste westliche Regierungschef in Tripolis seit Beginn der internationalen Sanktionen 1992. Eine große Rolle spielten bei dem Treffen die wirtschaftlichen Beziehungen: Italien ist der größte Handelspartner Libyens, während Rom ein Viertel seines Erdölbedarfs aus dem nordafrikanischen Land bezieht.

Umsetzung nationaler Interessen in der Europapolitik

Verglichen mit Deutschland kann Italien als Verlierer der bevorstehenden Osterweiterung bezeichnet werden. Der Bundesrepublik wird es in nächster Zukunft gelingen, ihre östlichen Grenzen durch neue EU-Staaten zu stabilisieren, während Rom sich mit dem unruhigen Balkan als direktem Nachbarn in einer äußerst schwierigen geopolitischen Position befindet. Diese Herausforderung hat Italien angenommen und will sich als europäischer Partner und auch in Sicherheitsfragen als kompetenter Krisenmanager beweisen. Die innenpolitische Instabilität führt dazu, dass euro-

päische Entwicklungen mitgetragen werden können, aber die Rolle eines Integrationsmotors allein wegen der fehlenden personellen Kontinuität Rom bis auf weiteres verwehrt bleiben wird. So werden die italienischen Regierungen auch in Zukunft versuchen, spezifisch nationale Interessen in der Europapolitik zu artikulieren und umzusetzen, um nationalen Problemlösungsbedarf über den Brüsseler Umweg abzuarbeiten.

Anmerkungen

1 Die italienische 1. Fußballliga.
2 Ministero degli Affari Esteri: La Conferenza Intergovernativa sulla Revisione dei Trattati, auf: http://www.esteri.it/polestera/ue/conferenza.html
3 Tägliches Bulletin Europe v. 11.6.1999.
4 Repräsentative Umfrage in den Regionen Veneto und Friaul-Julisch Venetien. Quelle: Diamanti, Ilvo: In Italia si aggira lo spettro dell'eurodelusione, in: liMes – Rivista Italiana di Geopolitica 3 (2000), S. 206.
5 Tägliches Bulletin Europe v. 1.7.1999; Tägliches Bulletin Europe v. 16.12.1999; Tägliches Bulletin Europe v. 9.3.2000;
6 Abl, L 322 v. 25.11.1997, S. 48.
7 Abl, L 240 v. 24.8.1992.
8 Abl, L 337 v. 12.12.1998, S. 42-57.
9 Abl, C 135 v. 14.5.1999, S. 51/52.
10 Tägliches Bulletin Europe v. 11.11.1998.
11 Abl, C 142 v. 21.5.1999, S. 74/75.
12 vwd Europa v. 26.4.2000.
13 La Repubblica v. 29.4.2000.
14 Süddeutsche Zeitung v. 17.5.2000, S. 27.
15 Istat: Rapporto Annuale – La situazione del Paese nel 1999, auf: http://www.istat.it/Aproserv/noved/rapann99/pillcap1.html.
16 Tägliches Bulletin Europe v. 3.11.1999.
17 Valpolini, Paolo; Basset, Richard: Defined Lines, in: Jane's Defence Weekly 9 (1999), S. 24-33.
18 Dieser war erstmals ad hoc während der Operazione Alba in Albanien 1997 gebildet worden.
19 Desiderio, Alfonso: Prossima fermata: Italia, auf: http://www.limes.net/online/immigrazione.htm
20 „Vermutlich 60 Flüchtlinge in der Adria ertrunken", in: Süddeutsche Zeitung v. 19.1.2000, S. 7.
21 UNO, Daily Press Briefing Of Office Of Spokesman For Secretary General v. 06.1.2000 , auf: http://srch0.un.org:80/plweb-cgi/fastweb?state_id=962.
22 Laut Pressemitteilung von Eurostat, in: Tägliches Bulletin Europe v. 8.1.2000.
23 Albanian Telegraphic Agency v. 12.11.1999, auf: http://www.hri.org/news/balkans/ata/1999/99-11-12.ata.html
24 Conferenza per lo sviluppo e la sicurezza dell'Adriatico e dello Ionio (http://www.esteri.it/archivi/arch_eventi/adriatico/). Ziel des Gipfel war es, eine dem Ostseerat ähnliche subregionale Zusammenarbeit zu etablieren.
25 Iniziativa dell' Adriatico e dello Ionio (IAI); Consiglio dell'Adriatico e dello Ionio (CAI); dieser kommt regelmäßig auf Ministerebene und unter Beteiligung der Europäischen Kommission zusammen.
26 Abl, C 170 v. 20.6.2000, S. 76/77.
27 Tägliches Bulletin Europe v. 7.8.1999.

Weiterführende Literatur

D'Alema, Massimo: Kosovo – Gli italiani e la guerra, Mailand 1999.

Drüke, Helmut: Italien. Wirtschaft – Gesellschaft – Politik, Opladen 2000.

Knapp, Lothar / Tömmel, Ingeborg (Hrsg.): Italien an der Wende zum 21. Jahrhundert: Politik, Wirtschaft, Kultur, Osnabrück 1999.

Limes – Rivista Italiana di Geopolitica, Rom.

Lütke Entrup, Josef: Europawahlen 1999 in Italien. Eine folgenreiche Meinungsumfrage zur Innenpolitik, in: KAS-Auslandsinformationen 7 (1999), S. 41-49.

Mancini, G. Federico: The Italians In Europe, in: Foreign Affairs 2 (2000).

Marra, Giuseppe (Hrsg.): Il libro dei fatti 2000, Rom.

Mühlbacher, Georg: Italien zwischen institutioneller Reform und Föderalismus, Tübingen 1999.

Rother, Klaus / Tichy, Franz: Italien. Geographie, Geschichte, Wirtschaft, Politik, Darmstadt 2000.